

Honduras nach den Wahlen: Chancen für mehr Demokratie in Sicht?

Minkner-Bünjer, Mechthild

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Minkner-Bünjer, M. (2001). *Honduras nach den Wahlen: Chancen für mehr Demokratie in Sicht?* (Brennpunkt Lateinamerika, 23). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-442968>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 23

15. Dezember 2001

ISSN 1437-6148

Honduras nach den Wahlen: Chancen für mehr Demokratie in Sicht?

Mechthild Minkner-Bünjer

Am 25. November fanden in Honduras zum siebten Mal seit dem Rückzug der Militärs aus dem Regierungsgeschäft (April 1980) allgemeine Wahlen statt. Rund 3,3 Millionen Bürger waren aufgerufen, den Staatspräsidenten, 128 Abgeordnete für das Einkammerparlament, 2446 Bürgermeister und Stadträte für 298 Kommunen (Corporaciones Municipales) und 20 Abgeordnete für das Zentralamerikanische Parlament zu wählen. Rund 22.000 Kandidaten bewarben sich um die Gunst der Wähler. Die Auszählung der Stimmen durch das Oberste Wahlgericht ist noch nicht abgeschlossen. Die offiziöse Zeitung „La Tribuna“ kommentierte, dass die Bevölkerung die endgültigen Ergebnisse am 22. Dezember als „Weihnachtsgeschenk“ bekomme: angesichts von Hunger, Elend und der trotz internationaler Hilfsleistungen katastrophalen Lage des Landes ein zynischer Lapsus? Fest steht, dass der Partido Nacional de Honduras (PNH) mit seinem Präsidentschaftskandidaten Ricardo Maduro die Wahlen für sich entscheiden konnte. Überraschungen oder ein tiefgreifender Wechsel in der Politik des Landes sind nicht zu erwarten. Laut Gesetz können die Bürger bis 18 Werkstage nach dem Wahltag Beschwerde einreichen, um Verfahren oder Ergebnisse anzufechten. Nachdem die auf die kleinen Parteien entfallenden Sitze im Kongress von 14 auf 12 korrigiert wurden und in das vorläufige Ergebnis rund 90% der Stimmen eingegangen sind, wird nicht mehr mit größeren Veränderungen gerechnet. Die für vier Jahre gewählten Volksvertreter und der Präsident werden Ende Januar in ihr Amt eingeführt. Da die Ergebnisse für die Departements- und die Kommunalebene noch nicht vorliegen, beschränkt sich die Analyse auf den Ablauf und den Ausgang der Wahlen auf nationaler Ebene.

Gemäß dem inoffiziellen Ergebnis, veröffentlicht von „La Tribuna“ am 7. Dezember, siegte in der Präsidentschaftswahl Ricardo Maduro von der Nationalen Partei (PNH) mit 52,9% der Stimmen. Sein Rivale von der Liberalen Partei (PLH), Rafael Pineda Ponce, erreichte 43,4% der Stimmen. Die Kandidaten der drei kleinen Parteien landeten mit 3,7% insgesamt abgeschlagen auf dem dritten Platz. Das ergibt – wie schon in den vergangenen 20 Jahren – mehr als 96% der kumulierten Stimmen für die beiden großen Parteien. Bei den kleinen Parteien schnitt Olbán Valladares, der Kandidat von PINU-SD, mit rund 1,6%

der Stimmen am besten ab. Das (Zwei-)Parteiensystem, das seit mehreren Dekaden als überholt und ineffizient gilt, setzt sich also weiter fort. Es spiegelt bisher die derzeitige gesellschaftliche Struktur, in der sich neue soziale Akteure herausgebildet haben, nur ungenügend wider.

Der Vorsprung von Ricardo Maduro ist geringer ausgefallen als die letzte Gallup-Prognose Mitte November vorausgesagt hatte (10 Prozentpunkte). Zu diesem Zeitpunkt hatten sich rund 20% der Wähler noch nicht entschieden, welcher der fünf Parteien sie ihre Stimme geben würden. Der Stimmanteil für Maduro reduzierte sich in

den letzten Monaten stetig. Ein Kopf-An-Kopf-Rennen und am Ende eine Patt-Situation der beiden Kandidaten schien sich anzubahnen. Die großen Parteien propagierten mit eigens in Auftrag gegebenen Umfragen bis zum Wahltag den Sieg ihres jeweiligen Kandidaten. Sie versuchten, unentschlossene Jungwähler und Nichtwähler auf ihre Seite zu ziehen und die Stimmung anzuheizen. Bis zuletzt war offen, welche Partei den nächsten Staatspräsidenten stellen würde.

Pineda Ponce, Politveteran und derzeitiger Präsident des Kongresses, räumte noch am Wahlabend seine Niederlage ein. Er kommentierte sie mit den Worten: „Ich habe gekämpft, um der nächste Präsident der Republik zu werden: Die Reichen, die Banker, die Kirche und – wie ich meine – der Präsident (der Liberalen Partei) haben das zu verhindern gewusst.“ Die Zeitung „La Prensa“ (7.12.2001) schrieb daraufhin, dass angesichts derartiger „Naivität oder Bösartigkeit“ sich die Wähler in ihrer Entscheidung (für den Kandidaten der Nationalen Partei) wohl doch nicht geirrt hätten. Das Oberhaupt der Katholischen Kirche, Kardinal Oscar Andrés Rodríguez, und die Bischöfe verwahrten sich gegen die Anschuldigung, sich politisch nicht neutral verhalten zu haben. Die Bischofskonferenz hatte sich mehrmals zu Wort gemeldet und die Inhaltslosigkeit der Wahlprogramme, die Perspektivlosigkeit der Vorschläge und die Degenerierung der korrupten Parteipolitik scharf kritisiert. Pineda Ponce kündigte an, er werde sein Abgeordnetenmandat wahrnehmen und weiter die Liberale Partei anführen. Der Vorstand kam überein, solidarisch mit ihrem Parteivorsitzenden, weder Posten im Kongress noch in der Regierung zu akzeptieren, um eine effektive Oppositionspolitik betreiben zu können.

Der Ausgang der Parlamentswahlen: Steigen die Demokratisierungschancen?

Bei den Parlamentswahlen gingen (nach vorläufigen Ergebnissen) von 128 Sitzen 54 an die Liberalen und 62 an die Nationalen. Die kleinen Parteien konnten mit 12 Sitzen einen beachtlichen Zuwachs verzeichnen: PINU-SD (*Partido de Innovación y Unidad – Social Democracia*) gewann 3, PDCH (*Partido Demócrata Cristiano de Honduras*) 4 und PUD (*Partido Unificación Democrática*) 5 Sitze.

Die Mehrzahl der Abgeordneten der großen Parteien sind „alte Hasen“ im Kongress. Sie kennen sich mit der Parlamentsroutine aus; Vetternwirtschaft und Machtpolitik sind ihnen bestens bekannt. Anstöße zur Demokratisierung der Parlamentsarbeit sind von ihnen kaum zu erwarten.

Wirklich neu sind im Parlament aus den Reihen der traditionellen Parteien 48 (PLH: 17; PNH: 31) Abgeordnete, aus den kleinen Parteien 9 Abgeordnete (PDCH: 4, PUD: 4, PINU: 1). Wie die endgültige Verteilung auf Departements- und auf Kommunalebene aussieht, bleibt abzuwarten. Bei den Kommunalwahlen wurden die beiden wichtigsten *alcaldías* (Tegucigalpa und San Pedro Sula) von den Nationalen erobert. Die kleinen Parteien ziehen in die Gemeinderäte der wichtigsten Departementshauptstädte ein; vier Bürgermeister dürften von ihnen gestellt werden.

Ein aggressiver Wahlkampf und eine enttäuschende Wahlbeteiligung

Bis wenige Monate vor den Wahlen wurde in den Umfragen dem PLH ein eindeutiger Sieg vorhergesagt. Nach und nach war der Anteil der Liberalen zurückgegangen; der Anteil der Nationalen hielt sich zunächst bei 30%. Im August zeichnete sich dann erstmalig ein Wahlsieg für den PNH ab.

Der Wahlkampf hatte mehr als ein Jahr zuvor mit monatelangen parteiinternen Verhandlungen über die Kandidaten begonnen. Diese spiegelten die Konflikte in beiden großen Parteien wider. Schlussendlich schickten die Liberalen den ehemaligen Lehrer und Bildungsbürokraten, Rafael Pineda Ponce, ins Rennen. Für die Nationalisten, geschwächt durch erbitterte Flügelkämpfe, stellte sich Ricardo Maduro zur Wahl. Der Wahlkampf der beiden Rivalen war lang und kostspielig. Es war ein Grabenkrieg, schmutzig und denunzierend, ohne konsistente und realistische Programme. Die Liberalen versuchten zunächst, Maduro aus dem Weg zu räumen, indem sie seine honduranische Nationalität in Abrede stellten. Sie kamen gegen eine Kommission von Juristen nicht an. Danach warfen sie Maduro vor, dass er seine Kampagne mit Geld aus dem benachbarten El Salvador finanziere. Der Gegenschlag der Nationalen, eine Kommission zur Überprüfung der Parteispenden an die Liberalen einzurichten, wurde vom PLH abgelehnt.

Die Wahlbeteiligung war mit 67% um etwa 5 Prozentpunkte geringer als bei den letzten Wahlen. Die Frustration breitet sich immer mehr aus: Einerseits, weil alle bisherigen Anstrengungen erfolglos geblieben sind, die seit Jahrzehnten währende Dominanz der traditionellen Parteien substantiell zu verringern. Andererseits, weil die Bevölkerung über die Leistung von Regierung, Parlament und Rechtswesen, sie aus ihrer Armut und Perspektivlosigkeit herauszuholen, tief enttäuscht ist.

Wer nach der Rückkehr zur (Wahl)Demokratie im Jahre 1980 mit einer Erneuerung der Parteienstruktur und einer Demokratisierung des Parlaments gerechnet hatte, ist mittlerweile um eine Illusion ärmer. Laut *Latinobarómetro* von 2000 haben in Honduras nur 23% der Bevölkerung Vertrauen in das Parlament; ähnlich gering ist der Prozentsatz für den Präsidenten und die Regierung. Aus Mangel an Vertrauen in die Struktur und Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems bleiben immer mehr Wähler den Urnen fern. Der Abwärtstrend in der Wahlbeteiligung (84% im Jahre 1985; zwischen 65% und 70% bei den letzten drei allgemeinen Wahlen) konnte auch nicht durch die mehr als 500.000 Erstwähler gestoppt werden. Auch Honduraner im Ausland konnten erstmalig wählen. Etwa 600.000 leben derzeit in den USA, von denen rd. 2% im Wahlregister eingetragen waren. Die Ergebnisse verteilen sich ähnlich wie die in Honduras selbst.

Empfehlungen zur Korrektur der (Wahl-)Demokratie

Experten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der diplomatischen Vertretungen haben den Ablauf der Wahlen im gesamten Land beobachtet. Sie haben den Bürgern überwiegend ein demokratisches Verhalten beim Urnengang attestiert. Abgesehen von kleinen Unregelmäßigkeiten (verspätete Öffnung der Wahllokale, einer nicht ausreichenden Zahl von Wahlzetteln, dem Schließen von Wahllokalen trotz großer Schlangen von wahlwilligen Personen, der verspäteten Ankunft von Wahlurnen, der Desorganisation der Wahlteams, Fehlern in den Wählerlisten, willigen, aber wenig geschulten Wahlhelfern) seien die Wahlen fair und weitgehend ohne Anwendung von Gewalt zwischen den Anhängern der Parteien verlaufen. Die Streitkräfte haben die logistisch Wahlen (Transport von Urnen und Wahlmaterial in entlegene Landesteile) unterstützt und die Sicherheit am Wahltag gewährleistet. Der Mord an Angel Pacheco, Abgeordneter der Nationalen Partei des Departement Valle, einen Tag vor den Wahlen ist noch nicht aufgeklärt. Die Verwicklung in Drogengeschäfte könnte eher ein Motiv für das Verbrechen gewesen sein als das Begleichen einer politischen Rechnung.

Der Wahlkampf lief von Anfang an auf eine Konfrontation der Kandidaten der beiden großen Parteien hinaus. Verleumdungen und Anschuldigungen waren die beherrschenden Instrumente. Ein an sachlichen Inhalten orientierter Schlagabtausch zwischen den Kandidaten kam auch beim gemeinsamen Fernsehauftritt nicht zustande. Die

Kosten der langen Wahlkampagne sind sowohl materiell als auch emotional hoch gewesen. Als die Liberale Partei die Einschreibung von Ricardo Maduro als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten verhindern wollte, stand das Land mit Demonstrationen, Aufmärschen und der Besetzung von Brücken am Rande der Zerrüttung.

Die Beobachter der OAS empfehlen in ihrem Anfang Dezember vorgelegten Bericht, das Wahlsystem zu entpolitisieren und die Transparenz zu stärken. Ein Prozess substantieller Reformen des Wahlgesetzes sollte in Gang gesetzt werden. Besonders wichtig sei, den Einfluss der Parteien auf das *Tribunal Nacional de Elecciones* (Nationales Wahlgericht, TNE) zu unterbinden und diese Institution zu professionalisieren. Das TNE setzt sich aus je einem Vertreter der Parteien und zwei Vertretern der Judikative zusammen. Es hat sowohl administrative als auch legislative Funktionen. Die OAS-Mission fordert Honduras auf, das Personal des Wahlgerichtes und die Wahlhelfer zu schulen. Sie empfiehlt, ein auf Dauer funktionierendes gesellschafts- und wahlpolitisches Ausbildungsprogramm zu etablieren.

Die Mission hat in ihrem Bericht den „*Manifiesto de los Partidos Políticos al Pueblo Hondureño*“ aufgenommen. Sie unterstützt die darin von den Präsidentschaftskandidaten am 4. September 2001 unterzeichneten Vereinbarungen.

Manifest der Parteien mit wichtigen Reformen

Das Manifest vom 4. September ist das Endprodukt eines Dialogs zwischen Vertretern der Parteien und der Zivilgesellschaft, gefördert durch UNDP (La Prensa, 28.11.2001). Die Präsidentschaftskandidaten verpflichten sich u.a. zu folgenden Reformen: Trennung des Einwohnerregisters (*Registro Nacional de Personas*) vom TNE, um die Unabhängigkeit und Autonomie beider Institutionen zu gewährleisten; eine Personalrekrutierung für beide Institutionen entsprechend professioneller Standards und nicht nach parteipolitischen Kriterien; die Ermöglichung von Plebisziten und des Referendums (ausgenommen für Artikel 374 der Verfassung, der die nochmalige Kandidatur eines Präsidenten verbietet); die Durchführung der internen Wahlen der Parteien im Wahljahr und eine Beschränkung des Wahlkampfes auf 45 Tage; eine Reduzierung der Kampagne für die allgemeinen Wahlen auf 90 Tage; die unabhängige Prüfung der Einnahmen und Ausgaben der Parteien und der Präsidentschaftskandidaten, die Abschaffung der drei Vertreter des Staatspräsidenten (*designados presidenciales*), die Koalitionsbildung zwischen Parteien auf der Grundlage eines gemeinsamen Pro-

gramms, die Veröffentlichung der Kandidatenlisten zu einem früheren Zeitpunkt als bisher und die Etablierung von demokratischen Standards, um die Kandidaten aufzustellen. Denn auch dieses Mal, schreibt „La Prensa“ (21.11.2001), hätten die vier Tage vor den Wahlen bekannt gegebenen Listen Namen von Kandidaten enthalten, die man als „Bankräuber“, „Menschenrechtsverletzer“, „Landbesetzer“, „Ex-Militärs mit dubioser Reputation“ bezeichnen müsste.

Kleine Parteien: Signal für das Ende des *bipartidismo*?

Bezüglich des Wahlverhaltens sind sich die Analysten einig, dass der erbitterte Wahlkampf zwischen den beiden großen Parteien die in „politischer Blindheit und Unkenntnis“ (La Prensa) verhaftete Wählerschaft letztlich wieder „mitgerissen“ habe. Die Masse der Wähler wird in die politische Tradition der Familien von „rot“ (*colorado*: PLH) oder „blau“ (*cachureco*: PNH) hineingeboren. Sie kann die Optionen, die ihr mit dem Wahlverfahren an die Hand gegeben werden, bisher weder einschätzen noch differenziert nutzen. Die Ergebnisse der Parlaments- und Kommunalwahlen vom 25. November machen jedoch erstmalig sichtbar, dass die Wählerschaft auf regionaler und kommunaler Ebene kritischer geworden ist. Die Familientradition, die Versprechungen der lokalen *caciques* und der Druck der politischen Autoritäten scheinen nicht mehr die alleinigen Kriterien für das Wahlverhalten (besonders der Jungwähler) zu sein. Sie wollen ein Ende des *bipartidismo*, der das Parlament zu einer Abstimmungsmaschine oder zu einer politischen Arena für die nächsten Präsidentschaftskandidaten degradiert. Sie fordern einen Staatspräsidenten und Abgeordnete, die sich in demokratischer Weise für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse einsetzen.

Vertreter der kleinen Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure haben den Wahlkampf, anstatt mit den üblichen „Anschuldigungs- und Schmutzkampagnen“, vor allem mit politischer Aufklärung bestritten. Sie kämpften gegen die weit verbreitete Tendenz unter den Wählern, aus Frustration und Verdrossenheit über korrupte Politik nicht zur Wahl zu gehen. Sie haben gemeinsam für eine Strategie des *voto cruzado* (wörtlich: eine Stimmabgabe über Kreuz; Stimmensplitting) geworben, d.h. die zur Verfügung stehenden beiden Stimmen zwischen den traditionellen Parteien (Präsident) und den kleinen Parteien (Parlament) aufzuteilen. Mit einer nach Parteien ausgewogeneren Verteilung der Sitze würde das Parlament in Funktion und Arbeit von

der Exekutive und von der Regierungspartei unabhängiger werden. Die Abgeordneten und der Kongress insgesamt könnten ihre Arbeit über die Debatte und den Dialog stärker an den Bedürfnissen der Wähler orientieren.

Art und Inhalt der Kampagne haben zu einem unerwarteten Stimmengewinn der kleinen Parteien bei den Wahlen für den Kongress geführt. Sie konnten verglichen mit 1997 die Zahl ihrer Abgeordneten verdoppeln. Die Regierungspartei hat, sollten die bisherigen Ergebnisse durch das Nationale Wahlgericht bestätigt werden, die einfache Mehrheit (64 plus 1) im Kongress verfehlt. Sie wäre auf die Unterstützung durch andere Parteien angewiesen. Falls keine Abgeordneten die „Fronten“ wechseln, die Liberale Partei bei ihrer Oppositionshaltung bleibt und die kleinen Parteien einen abgestimmten Block bilden, wird die Regierungspartei verhandeln und Kompromisse suchen müssen, um z.B. die für ihr Reformprogramm erforderlichen Gesetze durchzubekommen. „La Prensa“ kommentierte, dass es den „Blanko-Scheck“ für die Regierung und ihre Partei nicht mehr gäbe.

Die aufgezeigte Chance effektiv und zu Gunsten der Bevölkerung zu nutzen, setzt ein hohes Maß an politischer Reife und Verantwortung der Abgeordneten voraus. Anderenfalls können solche Konstellationen (siehe Ekuador) die Regierung in wichtigen Vorhaben (z.B. Haushalt; Abkommen mit dem IWF) über Monate blockieren; manchmal verstärken Abgeordnete auch freiwillig oder „gekauft“ die Regierungspartei. Ob es in Honduras dazu kommen wird, hängt von der Festigkeit der parteiinternen Struktur und der Loyalität der Liberalen mit dem Wahlverlierer Pineda Ponce ab. Dessen Anschuldigungen gegenüber Flores Facussé, ihn im Wahlkampf nicht unterstützt zu haben, lassen – ebenso wie die seit langem im PLH existierenden Richtungskämpfe – Zweifel an der traditionellen Geschlossenheit der Partei nach außen aufkommen.

Der zukünftige Präsident des Landes hat angekündigt, dass er die Posten in der Verwaltung (rd. 40.000) und im Schulsystem (rd. 56.000) nicht als Beute für die Klientel der Regierung und der Nationalen Partei „freigeben“ wolle. Da die Parteien traditionsgemäß die Hauptakteure in der politischen Ämtervergabe sind, könnten auch „Abweichler“ an den Rändern der Regierungspartei selbst entstehen.

Bis jetzt haben sich alle als „Risse“ im Zweiparteiensystem deklarierten Entwicklungen als vorschnelle Spekulationen oder *wishfull thinking* herausgestellt. Um ihre historische Chance als „Zünglein an der Waage“ nutzen zu können,

müssten die kleinen Parteien als „dritte Kraft“ zu einer Koalition auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms finden. Zu dem müsste diese Art der Demokratisierung durch die überfällige Reform des Parteiengesetzes und der Geschäftsordnung des Parlaments unterstützt werden.

Ricardo Maduro: ein moderner (Ver-)Führer neoliberaler Prägung

In der Umfrage von Gallup zwischen dem 1. und 7. November setzten die Befragten Maduro auf

Platz eins in der Gunst der Wähler. Sie schätzten ihn – verglichen mit seinem Rivalen Pineda Ponce – als den stärkeren und geschickteren Kandidaten ein. Sie trauten ihm eher zu, die Probleme des Landes in den Griff zu bekommen und die Beziehungen mit den Nachbarländern und den USA erfolgreich zu handhaben.

1999 präsentierte sich Maduro in der von Machtkämpfen zerrissenen Nationalen Partei als Alternative, um ihr über seine Präsidentschaftskandidatur zur Geschlossenheit und letztlich zum

Der neue Staatspräsident: *un empresario de éxito*

Ricardo Maduro Joest (55 Jahre), angesehener und äußerst erfolgreicher Geschäftsmann, wurde in Panama geboren. Die Familien mütterlicher- und väterlicherseits gehören der Oberschicht an: Immobilien- und Bankensektor von Seiten der Mutter und Großmutter in Honduras, väterlicherseits erfolgreiche Geschäftsleute in Panama. Maduro ging schon für den Besuch der Sekundarschule von Tegucigalpa in die USA; später studierte er in Stanford/Kalifornien Wirtschaftswissenschaft. Er war zunächst Manager bei Xerox Honduras. 1976 gründete er sein eigenes Unternehmen (Inversiones La Paz: Eigentümerin der Supermarkt-Kette Maximercados), das heute Beteiligungen an weiteren Firmen hält (z.B. Fuji de Honduras und Hotelkette Camino Real-Intercontinental). Maduro, seit etwa 15 Jahren in der Politik, war Abgeordneter und Präsident der Zentralbank in der Amtszeit von Rafael Leonardo Callejas. Er ist nicht nur erfolgreich und wohlhabend, sondern gilt auch als modern und innovativ: *un empresario de éxito* mit vielen Auszeichnungen.

Maduro gründete die interne Bewegung vom PNH „Einheit und Veränderung“ mit dem Ziel, die Nationale Partei zu modernisieren und von innen heraus zu erneuern. Er war Wahlkampfmanager von Callejas (Präsidentschaft von 1990-1994) und koordinierte als Zentralbankpräsident dessen Wirtschaftskabinetts. Maduro war einer der wichtigsten Akteure bei der Umsetzung der Programme zur Strukturanpassung der 90er Jahre. Nach Ablauf der Amtszeit von Callejas kehrte er ins Privat- und Geschäftsleben zurück. Maduro hat sich auch im Erziehungs- und Bildungswesen, der ureigenen Domäne seines Mitbewerbers Pineda Ponce, einen Namen gemacht. 1997 gründete er zum Gedenken an seinen bei einem Kidnapping-Versuch in San Pedro Sula ermordeten einzigen Sohn Ricardo eine Stiftung, die Programme unter dem Motto „Educar para Vivir“ fördert.

Wahlsieg zu verhelfen. Im Dezember 2000 wurde er bei der internen Abstimmung gegen mehrere Konkurrenten zum Kandidaten der Nationalen Partei nominiert.

Sein Mitbewerber, Pineda Ponce, 71 Jahre alt, Grundschullehrer und über Jahre Funktionär im Erziehungsministerium, hat eine lange politische Karriere in der Liberalen Partei hinter sich: Abgeordneter seit 1980, Erziehungsminister, Parteivorsitzender und zuletzt Präsident des Kongresses. Als nachteilig für eine Präsidentschaftskandidatur werden ihm vor allem sein fortgeschrittenes Alter, sein weitgehend inhaltsloser und lyrisch-traditioneller Diskurs sowie seine an die obsoleten politischen Strukturen des Landes gebundene Karriere angekreidet. Entsprechend den Umfragen perzipierten ihn (vor allem die jungen) Wähler als traditionell und „aus einer anderen Zeit“. Er strahlte für sie weit weniger Kompetenz als der Unternehmer und gelernte Ökonom Maduro, um das Land mit seiner katastrophalen

Lage in Zeiten der Globalisierung von Wirtschaft und Politik erfolgreich steuern zu können. Pineda Ponce konnte selbst viele Stammwähler nicht mehr davon überzeugen, das er mit seiner Wahlkampagne den *nuevo estilo* repräsentiere.

Maduros politische Widersacher von der Liberalen Partei versuchten, ihn über Angriffe auf seine möglicherweise panamenische (sein Geburtsland) oder guatemalteckische (Geburtsland seiner Mutter) Nationalität (der Präsident muss Honduraner von Geburt sein) schon im Zeitpunkt der Registrierung der Kandidatur aus dem Rennen zu werfen. Als das – trotz weiter anhaltender Angriffe – nicht von Erfolg gekrönt zu sein schien, schworen die Berater Pineda Ponce und seine Mitstreiter vor allem auf die Kritik an der von Maduro angekündigten Sicherheitspolitik „Cero Tolerancia“ ein. Sie bezeichneten sie als extremistisch (!) und gefährlich.

Maduros Wahlprogramm: integrale Sicherheit für die Bürger

Maduro präsentierte im Wahlkampf sein Regierungsprogramm, das er auf Veranstaltungen (*“Maduro escucha”*) mit Vertretern der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung diskutierte. Es umfasst sieben große Bereiche: integrale Sicherheit, Vertiefung der Demokratie, Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit, menschliche Entwicklung, Bekämpfung der Korruption, ökologische Nachhaltigkeit und Außenpolitik (Diario Tiempo).

Im Zentrum steht der Bereich „Sicherheit“, der Maduros Wahlkampf beherrschte und in dem kurzfristig unter dem Schlagwort *„Cero Tolerancia“* Erfolge erreicht werden sollen. Er sagte der seit Jahren zunehmenden Kriminalität und Gewalt den Kampf an. Maduro will wieder Sicherheit für die Bevölkerung erreichen, aber nicht nur für Personen und Sachen, sondern in „integraler Form“ für die menschliche Entwicklung. Dafür müssen die gesetzlichen Grundlagen reformiert und die bestehenden Einrichtungen des Staates (wie die *Ministerios de Seguridad y de Gobernación*, die Polizei, das Rechtswesen und das Gefängniswesen) modernisiert und gestärkt werden. (Funktionierende) Sicherheit braucht Prävention und Partizipation der Bürger. Alle mit der Sicherheit zusammenhängenden Politiken (z.B. Erziehung, Bildung, Menschenrechte) und Programme (z.B. Drogen- und Alkoholbekämpfung), staatliche Institutionen und Autoritäten (z.B. lokale Regierungen), soziale Organisationen (z.B. Clubs) und die Unternehmerschaft müssen in das integrale Politikkonzept einbezogen werden. Maduro kündigte an, innerhalb von 100 Tagen eine spezielle Gesetzesinitiative (Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Einführung eines modernen Strafrechts) ins Parlament einzubringen. Eine Reform des Polizeigesetzes und neue Gesetze über das Tragen und den Verkauf von Waffen sind ebenfalls vorgesehen.

Die „Vertiefung der Demokratie“ will Maduro mit einer Reform des Wahlsystems, der Legislative und des Rechtswesens mittels mehr Dezentralisierung und der Stärkung der Municipien, mit Mechanismen der Partizipation und der Bürgerartikulation erreichen. Für ein „Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit“ muss die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts weit höher als der Bevölkerungszuwachs sein. Das Wachstum muss gleichmäßig und langfristig hoch (durchschnittlich etwa 7%) sein, u.a. zu fördern durch eine konsequente makroökonomische Stabilitätspolitik, die Fortführung der Strukturreformen, die

Aufwertung des Privatsektors, mehr Deregulierung und außenwirtschaftliche Öffnung sowie die Verbesserung von Infrastruktur, Erziehung und Ausbildung. Das zuletzt genannte Ziel hängt eng mit der Förderung der „menschlichen Entwicklung“ (Human Development Index 2000 des UNDP: Honduras: Rang 106; Costa Rica: Rang 41!) zusammen. Maduro will seine Anstrengungen auf eine Bildungsoffensive konzentrieren. Ziel ist, dass eine Jugend heranwächst, die Zukunftsvisionen hat, sich mit den erforderlichen modernen Qualifikationen in die Produktion integriert und die persönliche, familiäre und nationale Entwicklung im Rahmen sozialer Verantwortung fördert.

Um diese Oberziele verwirklichen zu können, will Maduro das Erziehungs- und Bildungswesen entpolitisieren und derart reformieren, dass bis 2021 folgende Ziele erreicht werden: Alle Kinder zwischen 4 und 6 Jahren gehen in die Vorschule; der Analphabetismus verringert sich von 28% auf 9%; 95% der Grundschüler beenden das 6. Schuljahr; die durchschnittliche Schulzeit beträgt 8 Jahre; 60% der Schüler zwischen 16 und 18 Jahren beenden die Sekundarschule; 15% der Bevölkerung durchlaufen eine höhere Ausbildung. Innerhalb der nächsten vier Jahre sollen sich alle Grundschullehrer mittels einer weiterführenden Ausbildung qualifiziert haben.

Dieses ambitionierte Programm bietet für alle Wählergruppen spezielle „Köder“, mit denen sie sich identifizieren können. Für die US-Administration, die nationale Wirtschaftselite sowie den IWF und die Weltbank: die neoliberale Wirtschaftspolitik und das Wachstum mit sozialem Ausgleich; für die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Randgruppen: die Transformation der politisch-institutionellen Strukturen durch eine Reform des Wahlrechts und der Organisation des Kongresses, durch Dezentralisierung und Bürgerpartizipation; für die städtische Mittel- und Unterschicht: Sicherheit und Ordnung; für die Armen: mehr Erziehung und Ausbildung.

Konfliktpotenzial liegt in den nächsten Monaten in den von der Weltbank angemahnten Strukturreformen, im sozialen Bereich durch die längst überfällige Anhebung des Mindestlohnes und der Gehälter im Gesundheits- und Bildungssektor. Mit Widerstand ist vor allem von Seiten der Gewerkschaften zu rechnen. Die anspruchsvollen langfristigen Ziele des Wahlprogramms dürften sehr bald vom kurzfristigen wirtschaftlichen und politischen Tagesgeschäft überdeckt werden. Die katastrophale Beschäftigungs- und Versorgungssituation in verschiedenen Landesteilen nach Dürre und Überschwemmungen, die sich vertie-

fende Rezession durch fast um die Hälfte niedrigere Kaffeepreise als 1999, die angespannten Beziehungen zu Nikaragua aufgrund der Exportbehinderungen, die Erfüllung der Zielvorgaben des IWF-Programms, die anhaltende Kriminalität und die Korruption sowie die rigiden bürokratischen Strukturen werden Maduro dazu zwingen, sein Wahlprogramm und seine vollmundigen Versprechen auf das Machbare zurückzustutzen. Die Enttäuschung seiner Wähler wird nicht auf sich warten lassen.

Düsteres Wirtschafts- und Sozialpanorama

Mit Ricardo Maduro übernimmt der Kandidat die Regierungsgeschäfte in Honduras, den die Unternehmer, die US-Administration und die internationalen Finanzinstitutionen als ihren Favoriten angesehen haben. Er kann mit einem erheblichen Bonus aus ihren Reihen für seine Wirtschaftspolitik rechnen. Gleichzeitig ist der Erwartungsdruck hoch, der – bezüglich der wirtschaftspolitischen Steuerung des Landes – auf dem Erfolgsunternehmer und Ex-Zentralbankpräsidenten lastet.

Der neue Präsident sieht sich einer außerordentlich prekären Wirtschaftslage gegenüber. Nach Hurrikan Mitch (Oktober 1998) war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1999 um -1,9% zurückgegangen. Hohe Ernteausfälle, zerstörte Felder, weggerissene Straßen und Brücken, Verlust von Saatgut und Vorräten an Düngemitteln, unbrauchbare Maschinen, die Schließung von Unternehmen und Zehntausende verzweifelter und verletzter Menschen ohne Nahrung und ohne Dach über dem Kopf waren die Hauptgründe. Im Jahre 2000 kam durch den massiven Einsatz internationaler Hilfsgelder ein reales Wachstum von +4,8% zustande. Dieses „Strohfeuer“ ist

2001 wieder erloschen: fallende Kaffeepreise, Dürre und Überschwemmungen, die Rezession auf dem US-Markt, rückläufige internationale Hilfsleistungen haben den Zuwachs des BIP mit 2,8% wiederum geringer ausfallen lassen.

Die Kaffeepreise werden nach neuesten Prognosen auch 2002 weiter sinken. Honduranischer Kaffee-Export, der mit Qualitäts- und Aromaproblemen zu kämpfen hat, muss sich mit unter dem derzeitigen Durchschnitt liegenden Preisen zufrieden geben. Bei den Ausfuhren aus der verarbeitenden Industrie und der Lohnveredelung (*maquila*) dürfte sich das rezessive Klima des US-Marktes verstärkt auswirken. Mit sinkendem Export, abnehmenden Devisenreserven und damit sich verschlechternder Importdeckung (3,7 Monate) ist ebenso zu rechnen wie mit einem erhöhten Defizit des Staatshaushaltes aufgrund der Steuerausfälle. Die internationalen Finanzmittel von US\$ 2,7 Mrd. aus der „Mitch-Hilfe“ sind mittlerweile weitgehend abgeflossen bzw. in Projektanträgen gebunden. Das Schuldenmoratorium des Pariser Clubs läuft im nächsten Jahr aus, und der Entscheidungspunkt der HIPC-Initiative ist noch nicht erreicht. Insgesamt eine schwierige Konstellation. Obgleich Maduro ein gutes Standing bei den internationalen Finanzinstitutionen haben dürfte, ist mit einer Mobilisierung von zusätzlichen Ressourcen (z.B. für Infrastrukturinvestitionen zur Wachstumsankurbelung) kaum zu rechnen. Vielmehr stellte ein Vertreter der Weltbank zwei Tage vor den Wahlen fest, dass egal welcher *Couleur* die nächste Regierung auch sei, diese umgehend die ausstehenden Strukturreformen z.B. im Energie- und Telekommunikationsbereich abschließen müsse (La Prensa).

Honduras auf einen Blick

Oberfläche	112.000 qkm	Auslandsverschuldung (Brutto)	5,34 Mrd. US\$
Bevölkerung	6,6 Mio.	Auslandsverschuldung/BIP	83,4%
Bevölkerungswachstum	3,4 % p.a.	Auslandsverschuldung/Exporte	211%
Lebenserwartung	69 Jahre	Schuldendienst/Export	21%
BIP (Bruttoinlandsprodukt)	6,4 Mrd. US\$	Importdeckung	3,8 Monate
BIP-Veränderung real	2,8%	Devisenreserven	1100 Mio. US\$
BIP pro Kopf	900 US\$	Ausländische Direktinvestitionen	200 Mio. US\$
Bevölkerung unter der Armutsgrenze	53%	Export	1.200 Mio. US\$
Bevölkerung mit 1 US\$/Tag	47%	Import	2.650 Mio. US\$
Bevölkerung ohne Zugang (1990/97):		Official Development Aid (ODA – Netto 1997)	308 Mio. US\$
– zu sauberem Trinkwasser	24%	ODA/BIP	6,7%
– zum Gesundheitswesen	38%	ODA/Kopf der Bevölkerung	61 US\$
– zu Abwasser/Müllbeseitigung	26%	HDI-Rang 2000	106

+ Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Informationen auf 2001. Sie sind abgerundet, vielfach nur geschätzt.

Quellen: UNDP: Human Development Report 2000; Dresdner Bank Lateinamerika, Dezember 2001; Weltbank:

www.worldbank.org

IWF- und Weltbankauflagen: Impuls zu weiterer Rezession?

Das Abkommen zur Strukturanpassung, das im März 1999 mit dem IWF unterzeichnet worden war, ist im Oktober in seine letzte Phase getreten und soll bis Ende 2002 umgesetzt werden. Die IWF-Delegation hat sich zur Besprechung von Einzelheiten für die Woche nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten angesagt. Das Abkommen enthält Maßnahmen, um das Wachstum zu stabilisieren, die Inflation und den Bestand der Devisenreserven unter Kontrolle zu halten sowie die

Einnahmen- und Ausgabeneffizienz im Staatshaushalt zu sichern. Ob die noch im Programm enthaltenen Subventionen für den öffentlichen Transport und den privaten Energiekonsum der Haushalte beibehalten werden können, bleibt abzuwarten. Sie sind für ein stabiles Tarif- und Preisniveau für die sozial besonders schwachen Teile der Bevölkerung außerordentlich wichtig.

Verläuft die Abstimmung im Januar zufriedenstellend, könnten der IWF und die Weltbank rund 160 Mio. US\$ freigeben, ergänzt durch Mittel der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank.

Ziele des IWF-Programms für 2001 und 2002		
	2001	2002
Wachstum	3,4% bis 4,0%	4% bis 4,5%
Inflation	10%	8%
Defizit/BIP (nicht-finanzieller Sektor des Staatshaushalts)	2,1%	2,0%
Defizit/BIP (Haushalt Zentralregierung)	4,7%	3,7%
Internationale Reserven	1021 Mio. US\$	1081 Mio. US\$

Quelle: La Prensa, Honduras

Nach der Zustimmung des IWF zum Wirtschaftsprogramm hat auch die Weltbank die von Honduras vorgelegte Strategie zur Reduzierung der Armut endgültig abgesegnet. Das Land dürfte im Verlaufe von 2002 in den Genuss von zusätzlichen Mitteln für Projekte der Armutsbekämpfung kommen. Erreicht Honduras den Entscheidungspunkt der HIPC-Initiative (Schuldenerlassprogramm für *Heavily Indebted Poor Countries*), könnten 88 Mio. US\$ als „Abschlag“ zur Erleichterung der Auslandsschuld fließen. Die oben aufgeführten Projektionen des IWF-Programms sind weitaus optimistischer als z.B. die letzten Prognosen der Banken. Die Ziele für 2002 sind aufgrund der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen nicht mehr haltbar.

Ob der zukünftige Präsident angesichts dieser Konstellationen und der Auflagen des IWF relativ kurzfristig eine Ankurbelung des Wachstums erreichen und damit der immer mehr verarmenden Bevölkerung ein „Licht am Ende des Tunnels“ aufzeigen kann, ist eher unwahrscheinlich. Jedenfalls liegt die im Wahlkampf angekündigten Zunahme des BIP um 7% und damit die Zunahme pro Kopf um 4,5% in weiter Ferne. Für die Umsetzung der von Seiten des IWF erwarteten und im Wahlkampf versprochenen Strukturreformen muss Madruo für die gesetzlichen Grundlagen eine Unterstützung im Parlament finden. Das wird Überzeugungsarbeit und einen Dialog mit den Abgeordneten und den Parteien erfordern. Die Gewerkschaften und die NROs stehen

u.a. aufgrund der zu erwartenden Reduzierung der Staatsausgaben, weiterer Privatisierung und des Abbaus der Bürokratie dem Abkommen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Auch der Banker und Politiker der Liberalen, Jaime Rosenthal, attackierte die Regierung. Er befürchtet eine weitere Drosselung des Wachstums und negative Auswirkungen auf das ohnehin angeschlagene Finanz- und Bankwesen (Inforpress Centroamericana).

Auf Kritik ist auch die Strategie zur Reduzierung der Armut gestoßen. Von ihrer Umsetzung erhofft sich Honduras etwa im September 2002 merkliche Erleichterungen im Schuldendienst gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft. Der *Foro Social de la Deuda Externa de Honduras (FOSDEH)* kritisierte, dass die Regierung die Basisorganisationen zu wenig an der Ausarbeitung der Strategie hätte partizipieren lassen. Mit dem Programm zur Bekämpfung der Armut soll der Anteil der Bevölkerung unter der Armutslinie von 66% (andere Schätzungen: bis zu 80%) auf 42% im Jahre 2005 verringert werden. Ein Teil der Projekte ist schon in der Planung oder Durchführung bzw. ihre Finanzierung ist im nächsten Haushalt vorgesehen.

Alle aufgezeigten Faktoren und Entwicklungen lassen erhebliche Zweifel aufkommen, dass die Verbindung von Strukturanpassung und Armutsbekämpfung – bisher als ein Widerspruch in sich perzipiert – funktionieren kann. Substantielle Demokratisierung mit Anhebung der menschl-

chen Entwicklung besonders der armen Bevölkerung zu verbinden, überfordert neoliberale Politik, auch wenn man als ein *empresario de éxito* gefeiert wird.

Demokratisierung des Staates: prioritäres Ziel der kleinen Parteien

Vertreter der drei kleinen Parteien, angeführt von den Ex-Präsidentschaftskandidaten, vereinbarten in der zweiten Dezemberwoche (La Tribuna, 10.12.2001), sich nicht für Ämter in der *Junta Directiva* des Kongresses zur Verfügung zu stellen. Sie wollen sich darauf konzentrieren, das interne Regelwerk des Parlaments zu reformieren. Ziel ist, die Struktur, die Verfahren und die Abläufe im Parlament demokratisch zu gestalten. Denn nur so könne es gelingen, mittels Dialog und Kompromiss an den Forderungen und Bedürfnissen der Bürger ausgerichtete Gesetze zu machen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative soll gemeinsam von den drei Parteien in der nächsten Sitzung des Kongresses eingebracht werden.

Die Parteien PINU, PDCH und PUD laden in dieser Vereinbarung die Abgeordneten von PLH und PNH ein, sich der Initiative anzuschließen, um die Institution „Parlament“ zu modernisieren. Ferner fordern sie PLH und PNH auf, die Nominierung der Mitglieder der Kontrollorgane des Staates und des Obersten Gerichtshofes und die Abstimmung über die nominierten Kandidaten auf möglichst demokratische Weise vorzunehmen. Die Entscheidung über die Besetzung dieser so wichtigen Organe obliegt dem derzeitigen Kongress mit liberaler Mehrheit. Kommt keine Einigung zustande, was unwahrscheinlich ist, würden die Nominierung und die Abstimmung – ebenso wie die Debatte und die Abstimmung über den Haushalt 2002 (er wurde inzwischen an den neuen Kongress verwiesen) – zu einer Art „Feuerprobe“ für die Zusammenarbeit der kleinen Parteien untereinander, mit den Liberalen und mit der Regierungspartei.

Unter den kleinen Parteien ist die seit 1993 registrierte Partei *Unificación Democrática* (UD) eine möglicherweise auch zukünftig zu beachtende politische Kraft. Sie ist in ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung links der Mitte angesiedelt und könnte bei entsprechender Beratung und Förderung eventuell in das sozialdemokratische „Vakuum“ hineinwachsen, das durch die Vereinigung von PINU und *Partido Social Demócrata de Honduras* entstanden ist. PINU-SD selbst perzipiert sich weiter als sozialdemokratisch.

Die Gründer der UD, wie der 1952 geborene Abgeordnete und Ex-Präsidentschaftskandidat

Matías Funes, kommen ursprünglich zum Teil aus der sozialistisch-marxistischen Studentenbewegung in Honduras. Der Regierungsplan der UD sieht vor, Gewalt und Kriminalität durch eine „neue“ Wirtschaftspolitik zu bekämpfen. Grundlage für die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Stagnation sind mit Priorität durchgeführte Erziehungs- und Ausbildungsmaßnahmen in den ländlichen Gebieten und den städtischen Marginalsiedlungen. Besondere Bedeutung kommt der Reaktivierung der Landwirtschaft zu. Im Gesundheitswesen soll eine einheitliche Grundversorgung mit regionaler Fokussierung geschaffen werden. Die Förderung der exportorientierten Wirtschaft wird als ebenso wichtig deklariert wie die Versorgung des Binnenmarktes mit nationalen Produkten. Politische Reformen, die Bekämpfung der Straflosigkeit und die Aufhebung der parlamentarischen Immunität stehen ebenfalls auf den Fahnen der UD.

Insgesamt gleichen sich die Parteien in ihrem Mangel an politisch umsetzbaren Vorschlägen, in ihren vagen Versprechungen und Schlagworten über die Schaffung von Vermögen und sozialem Wohlstand, Kohäsion und sozialer Integration, Umweltschutz, Außenpolitik und Modernisierung des Staates (z.B. Regierungsplan von PINU-SD). Das gilt auch für die sektoralen Vorschläge vom PDCH für die Wahlen. Und ob eine partizipative Erarbeitung des Regierungsplans vom PDCH durch Vertreter verschiedener sozialer Gruppen Abhilfe schaffen könnte, ist mehr als zweifelhaft.

Über die Notwendigkeit der Bekämpfung der sich ausbreitenden Korruption, der Straflosigkeit, der Unsicherheit, der Demagogie und der Gesetzesverletzungen sind sich – analysiert man den Diskurs – alle Parteien einig. Trotzdem veränderte sich bisher ebenso wenig an diesem Zustand des gesellschaftlichen Zerfalls wie an der Armut und Unterernährung von bis zu 80% der Bevölkerung oder an der Ermordung von rund 800 Kindern im laufenden Jahr durch paramilitärische Gruppen und die Polizei.

Ausblick: Weiter hoffen und sich selbst helfen

Da Maduro der Wunschkandidat von Unternehmen, internationalen Finanzorganisationen und US-Administration gewesen ist, reagierten sie auf das Wahlergebnis sehr positiv. George W. Bush gratulierte Maduro telefonisch. Mit Nikaraguas zukünftigem Präsidenten Bolaños traf Maduro kurz nach den Wahlen bei der Graduiertenfeier in der Landwirtschaftsschule in der Nähe von Tegucigalpa persönlich zusammen. Beide wollen ihre Positionen möglichst bald abstimmen, um den von Nicaragua verhängten „Strafzoll“ von 35%

auf Importe aus Honduras aus der Welt zu schaffen. „Künstliches Säbelrasseln“, um von internen Problemen abzulenken, soll zukünftig durch mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt werden. Honduras (wie auch Nicaragua) hängt am Tropf der internationalen Geber und Gläubiger. Seine Wirtschaft ist (über die Veredelungsindustrie und die Exporte landwirtschaftlicher Rohstoffe) von der Konjunktur in den USA und in der EU sowie von der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt mehr denn je abhängig. Die einstmals als vielversprechend angesehene Förderung von Wachstum und Entwicklung durch die Integration des Isthmus und die Kooperation mit den Nachbarländern sowie mit Mexiko und Venezuela hat in den Regierungsprogrammen der Parteien überhaupt keinen Eingang gefunden. Sowohl in dem Abkommen zur wirtschaftlichen Stabilisierung als auch in dem Abkommen zur Bekämpfung der Armut, aus denen Honduras wiederum Hoffnung zur Lösung seiner schwerwiegenden Probleme schöpft, sind die internationalen Geber die Hauptakteure. Die jeweils bilaterale Ausrichtung von Honduras auf diese „Gravitationszentren“ seiner Entwicklung trägt entscheidend dazu bei, dass es – wie auch die ande-

ren Länder – in seiner Koordinierung von Wirtschaft und Politik mit den zentralamerikanischen Nachbarn sowie mit den großen Partnern Mexiko und Venezuela nur noch geringe Fortschritte macht. Die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Blockbildung werden nicht ausgeschöpft.

Quellen:

- Bendel, Petra: Parteiensysteme in Zentralamerika, Opladen 1996
Brennpunkt Lateinamerika Nr. 2 und 4/1999
Diario Tiempo, Honduras: www.tiempo.hn
Dresdner Bank Lateinamerika: „Perspektiven – Lateinamerika“, Dezember 2001
UNDP: Human Development Report 2000, New York 2000
Inforpress Centroamericana: verschiedene Ausgaben 2001
Internet-Pressearchiv des IIK („IberoDigital“): www.rrz.hamburg.de/IIK/IberoDigital/
La Prensa, Honduras: www.laprensahn.com
Secretaría de la Presidencia, Gobierno de Honduras: www.sdp.gob.hn/ERP/APROBADO
La Tribuna, Honduras: <http://soycatracho.com>
Tribunal Nacional de Elecciones (TNE): www.tne.hn
World Bank: www.worldbank.org

Autorinnennotiz: Mechthild Minkner-Bünjer, Dipl.Kfm. Dipl. Hdl., ist freie Mitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde. Regionale Schwerpunkte: Andenländer und Zentralamerika. Thematische Schwerpunkte: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik der Länder, Dezentralisierung, Beschäftigungspolitik und Armutsbekämpfung. E-Mail: minkner@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Lateinamerika

JAHRBUCH 2001

Band 10

Herausgegeben von
**Klaus Bodemer, Heinrich-W. Krumwiede,
Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister**
Schriftleitung: Wolfgang Grenz

Teil I: Aufsätze

Peter Nunnenkamp:

Ist diesmal alles anders? Die neue Welle regionaler Integration in Lateinamerika aus europäischer Perspektive

Berlindes Astrid Küchemann

Erst kürzlich in der Staatsbürgerschaft angekommen. Wege, Vorschläge, Errungenschaften und Herausforderungen der Frauenbewegung in Lateinamerika

Jörg Faust

Aufstieg und Niedergang der mexikanischen Autokratie

Christian von Haldenwang

Standortpolitik – neue Rollen für Regionen und Kommunen in Lateinamerika

Teil II: Entwicklungen in Ländern und Regionen

Länderchronologien 2000, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für alle Länder Lateinamerikas und der Karibik.

Frankfurt/M.: Vervuert 2001, 340 S., ISSN 0943-0318

Einzelpreis: € 22,50 (DM 44,00)

Abonnementspreis: € 14,30 (DM 28,00) pro Ausgabe

jeweils zuzüglich Versandkosten

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hmburg – Tel. 040 / 41 47 82 01 / Fax: 41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de – Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IJK>

Lateinamerika

Analysen Daten Dokumentation

Nr. 45

Alte und neue politische Akteure in den zentralen Andenländern

Hamburg 2001, 141 Seiten, Redaktion: Andreas Steinhauß, DM 26,00 (€13,30)

Die Länder des mittleren Andenraums haben in Südamerika seit jeher eine Sonderstellung inne. Aufgrund ihres hohen Anteils indigener Bevölkerung, dem multiethnischen Charakter ihrer Gesellschaften sowie der fast chronischen politischen und wirtschaftlichen Instabilität, wurden sie zumeist als marginale und skurrile Gebilde und eher unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten gesehen.

Tatsächlich ist es seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einer deutlich wachsenden Krisenentwicklung in den Andenländern gekommen, die sich politisch in zunehmender Instabilität und Rückkehr zu einem längst vergangen geglaubten *caudillismo*, extremen Wirtschaftskrisen, zunehmenden sozialen Protesten und inneren Konflikten widerspiegeln. Hinzu kommt eine immer problematischer werdende regionale Ausweitung der zunächst auf Kolumbien beschränkten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Antidrogenkrieg und dem *Plan Colombia*.

Der Fokus im vorliegenden Heft liegt auf den drei Ländern des mittleren Andenraums – Peru, Bolivien und Ecuador – und auf der Entwicklung der dortigen politischen Szenarien. Die allgemeine Krisensituation, zusammen mit der neoliberalen Modernisierung, haben nämlich gerade auch die politische Landschaft des mittleren Andenraums nachhaltig verändert. Neue politische Akteure sind dort auf den Plan gerufen und alte, traditionelle Akteure in Frage gestellt worden oder sogar ganz aus dem politischen Spektrum verschwunden. Während sich die handelnden Akteure der politischen Klasse noch bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ausschließlich aus den weißen Oberschichten rekrutierten, egal welcher politischen Richtung sie angehörten oder Ideologie sie frönten, stoßen mittlerweile mit immer größerer Vehemenz Akteure aus anderen ethnischen Segmenten der Gesellschaft in die politische Phalanx vor. Gleichzeitig wird der Vertrauensschwund der Bevölkerung in demokratische Systeme und politische Parteien als sie repräsentierende Instanzen immer deutlicher. An ihrer Stelle bevölkern neue, zuweilen recht skurrile Figuren die Szenerie.

Aus dem Inhalt: Andreas Steinhauß: Editorial: Dauerkrise oder Umschwung? Die zentralen Andenländer zwischen politischer Erneuerung und traditioneller politischer Kultur / Ludwig Huber: Gesucht: politische Akteure in Peru / Ulrich Goedeking: CONDEPA und UCS: Zwei Parteien und ihre Erbfolgeprobleme / Joachim Merz: Bolivien: *Participación Popular* und Re-politisierung des Öffentlichen / Volkmar Blum: Indigene Organisationen als politische Akteure in Ecuador / Andreas Steinhauß: Die politische Krise im mittleren Andenraum: Zerfall der Demokratie unter neuen *caudillos*? / **Dokumente / Auswahlbibliographie**

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE, Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 27 - Fax 040 / 41 47 82 41 - E-mail: iikhh@uni-hamburg.de